

CZADA, Roland, 1988: Bestimmungsfaktoren und Genese  
politischer Gewerkschaftseinbindung,  
Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 19: 178 - 195.

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft

Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 19

# Staatstätigkeit

International und  
historisch vergleichende Analysen

*Herausgegeben von Manfred G. Schmidt*

Westdeutscher Verlag

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Bertelsmann.

Alle Rechte vorbehalten

© 1988 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich  
Printed in Germany

ISBN 3-531-12014-X

## **Bestimmungsfaktoren und Genese politischer Gewerkschaftseinbindung**

*Roland Czada*

Das Zusammenspiel von politischen Institutionen und ökonomischen Interessen ist in der Politikwissenschaft lange Zeit eindimensional als Einflußbeziehung verstanden worden. Für die Pluralismustheorien wie für die deutsche Tradition der Staatsrechtslehre ist, bei aller Gegensätzlichkeit der Ansätze, Gruppendruck eine Prämisse ihrer Überlegungen. Gleiches gilt für die wirtschaftswissenschaftliche „Verbandsökonomik“. Im Zuge der Korporatismusdiskussion ist diese Vorstellung erweitert worden. Dabei wurde die *wechselseitige* Verflechtung von Staatsadministration und Interessenorganisationen zunehmend berücksichtigt.

Die Auffassung von „policy-networks“ aus staatlichen und verbandlichen Akteuren anstelle einer einfachen politischen Kräftemechanik hat sich in zahlreichen Politikfeldanalysen als erklärungskräftig erwiesen<sup>1</sup>. Das Ineinandergreifen öffentlicher Politik und Verwaltung und privater Interessenverbände ist indes nicht unproblematisch. Unabhängig von möglichen normativen Einwänden, stellt sich sowohl die Frage nach den Bestimmungsfaktoren und den internationalen und intersektoralen Variationen, wie auch die Frage nach der Funktionsweise solcher Netzwerke. In international vergleichenden Politikanalysen ist insbesondere die Annahme länderspezifischer Muster der Interessenvermittlung auf methodische und theoretische Schwierigkeiten gestoßen. Die Klassifizierung eines ganzen politischen Systems als „korporatistisch“ oder „pluralistisch“ hatte notwendigerweise arbiträren Charakter, insofern als die konzeptionellen und empirischen Grundlagen für eine eindeutige Messung dieser Phänomene nicht ausreichen. Der folgende Beitrag versucht dieses Problem durch eine empirische Ausdifferenzierung und sequentielle Ordnung der Bedingungsfaktoren korporatistischer Verbände einbindung zu lösen. Dem liegt eine einfache Überlegung zugrunde: Um zu erfahren was Korporatismus ist, empfiehlt es sich zu ergründen, wie und woraus er entsteht. Dahinter steckt weiterhin die Vermutung, daß Muster der Interessenvermittlung, denen spezifische Politikergebnisse zugeschrieben werden, ihre Wirkung nur unter bestimmten, historisch gewachsenen politisch-institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen entfalten können<sup>2</sup>.

### *1. Institutionenanalyse und Verbändeforschung*

Strategien und Ergebnisse der Wirtschafts-, Sozial und Arbeitsmarktpolitik in den westlichen Industrieländern haben sich nach Auflösung des keynesianischen Konsenses in den 80er Jahren auseinanderentwickelt<sup>3</sup>. Ähnliche, aus industriellem Strukturwandel

resultierende Problemlagen, eine wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung und mannigfaltige Harmonisierungsbemühungen der Regierungen konnten dieser Divergenz kaum entgegenwirken. Die Frage nach den Determinanten der Politikentwicklung hat damit neue Aktualität gewonnen. Gegenüber den Analysen zur Politik der 70er Jahre mit ihrer Betonung der politischen Kräfteverteilung in Parteien- und Verbändesystemen (etwa Schmidt 1982; Andrain 1980; Castles 1981) ist freilich eine deutliche Gewichtsverlagerung zu erkennen. Die in der Anpassungskrise der 80er Jahre verstärkt aufscheinenden Konturen national eigenständiger Entwicklungspfade rückten historische und politisch-institutionelle Erklärungsfaktoren in den Vordergrund. Zu nennen sind hier insbesondere die aus der Korporatismusdiskussion hervorgegangenen Arbeiten von Katzenstein (1984, 1985) und Lehbruch (1987), die von Mancur Olsons' „Rise and Decline of Nations“ ausgehende Diskussion zum Zusammenhang von Verbandsökonomik und Wirtschaftswachstum (Olson 1982; vgl. Weede in diesem Band), sowie einige institutionalistische Ansätze zur Politischen Ökonomie kapitalistischer Systeme (Zysman 1983; Hall 1986; Scharpf 1987).

Die Hinwendung zu institutionellen Erklärungsansätzen hat indes eine wesentliche Frage ausgeklammert. Institutionen werden vornehmlich als Determinanten politischer Strategiewahl und materieller Politikergebnisse betrachtet, ansonsten aber als gegeben hingenommen. Die empirische und international vergleichende Politikforschung kümmerte sich nur vereinzelt und unsystematisch um Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen national unterschiedlicher Institutionensysteme. Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht deshalb der Versuch, die Erklärungsvariable Institution am Beispiel politischer Gewerkschaftseinbindung genetisch auszudifferenzieren. Als Institutionen werden dabei im Anschluß an Göhler (1988: 16) in einem weiteren Sinne Strukturmerkmale verstanden, die dem Verhalten und dem Handeln gesellschaftlicher Akteure eine gewisse Festigkeit, Dauer und Wiederholbarkeit verleihen.

Drei Problemkreise stehen im Brennpunkt der Erörterung: die Frage nach dem Ursprung spezifischer Staat-Ökonomie-Beziehungen, deren Beitrag zur Strategiewahl politischer Akteure, sowie der Zusammenhang von institutionellen Arrangements und Industriepolitik. Im Zusammenhang mit dem Korporatismuskonzept ist diese übergreifende Fragestellung nur vereinzelt diskutiert worden (Katzenstein 1974, 1975; Lehner 1987). Insbesondere wurde den Entstehungsgründen und Entwicklungsbedingungen korporatistischer Interessenverflechtung und Politikeinbindung nur wenig theoretische Beachtung geschenkt. Hier standen historische und funktionalistische ad hoc Erklärungen wie Kriegseinwirkungen, kollektivvertragliche Friedensabkommen, Regierungswechsel oder die Erfordernisse keynesianischer Wachstums- oder sektoraler Krisenpolitik im Vordergrund. Soweit materielle Politikanalysen vorliegen, behandeln sie nicht Strukturwandel und Industriepolitik, sondern eher globale ökonomische Entwicklungen — Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Inflation und Wirtschaftswachstum (Schmidt 1982a, 1982b; Czada 1983; Scharpf 1984; Blaas/Guger 1985) oder spezifische Politikbereiche und Länder — Einkommenspolitik, Konjunktur- und allgemeine Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik (Armingeon 1983; Schmidt 1982; Dittrich 1985; Zimmermann 1985). Anders verhält es sich mit neueren institutionentheoretischen Beiträgen zur Politischen Ökonomie kapitalistischer Systeme. Olson (1982),

Katzenstein (1985), Zysman (1983) und Hall (1986) stoßen über Fragen zur Wirtschaftsmodernisierung und Industriepolitik auf die Bedeutung institutioneller Faktoren, insbesondere intermediärer Staat-Verbände-Beziehungen.

Einige der genannten Arbeiten kommen freilich zu gegensätzlichen Ergebnissen. So erkennt Katzenstein (1985) in der korporatistischen Vernetzung von Verbänden untereinander und mit dem Staat eine Voraussetzung für ökonomische Anpassungsflexibilität. Olson (1982) betrachtet dagegen die Politik etablierter, in Verteilungskoalitionen eingebundener Wirtschaftsverbände als Ursache für den „Niedergang der Nationen“. Beide können ihre Behauptungen empirisch untermauern — Katzenstein mit einer vergleichenden Untersuchung von Industrie- und Wirtschaftspolitiken in europäischen Kleinstaaten, Olson mit einer Analyse des Zusammenhanges von wirtschaftlichem Wachstum mit dem Alter von Verbändesystemen in amerikanischen Staaten. Daneben liegen eine Reihe weiterer Untersuchungen vor, die jeweils eine der beiden Thesen unterstützen (z. B. Lehner 1987; Weede 1986).

Olson und Katzenstein stehen hier nur als Beispiele für zwei grundsätzliche Argumentationslinien zur Politischen Ökonomie entwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften. Von anderen Beiträgen neoliberaler oder korporatistischer Provenienz unterscheiden sie sich hauptsächlich durch ihre umfassende, Entstehung, Entwicklung, Organisationsform und Auswirkungen von Interessenvermittlungssystemen einbeziehende, Betrachtungsweise der Staat-Ökonomie-Beziehung. Untereinander differieren sie in der Methode und in der Einschätzung von Interessenorganisation als Regulierungsinstrument und Repräsentationsinstrument.

Olson führt nichtstaatliche, also freiwillige Organisation ausschließlich auf *individuell* zurechenbare Vorteile zurück. So folgert er aus individuellen Kalkülen die Vermehrung von kleinen Sonderinteressengruppen, daraus eine ungleiche Kräfteverteilung und Erstarrung von Verteilungskoalitionen und schließlich die institutionelle Sklerose der Politik-Ökonomie-Beziehung und ökonomischen Niedergang (vgl. den Beitrag von Weede in diesem Band). Für Katzenstein dagegen entstehen korporatistische Verteilungskoalitionen aus *kollektiven* Anstrengungen zur Anpassung an sich verändernde Weltmarktbedingungen. Sie sollen die gegenseitige Übervorteilung von Sonderinteressen gerade verhindern, indem sie dem individuellen ein kollektives Nutzenkalkül entgegenstellen. Dabei wird insbesondere dem Staat eine Funktion der Konsensmobilisierung zugeschrieben, die er nur in einer hoch organisierten gesellschaftlichen Umwelt erfolgreich wahrnehmen kann. Die Unterscheidung beider Ansätze wird hier besonders deutlich: für Katzenstein und das Korporatismuskonzept ist Interessenorganisation eine Voraussetzung staatlicher Handlungsfähigkeit; Olson und mit ihm die neoliberale Wohlfahrtsstaatskritik sehen indes gerade darin eine Einengung der politischen Autonomie von Regierungen!

## 2. Begriffliche und methodische Probleme

Man gerät in den Sozialwissenschaften leicht in die Gefahr, entweder abstrakte, d. h. stark vereinfachende oder überkomplexe, in jedem Fall aber empirisch nicht nachvoll-

ziehbar Modelle zu konstruieren oder auf ad hoc-Erklärungen ausweichen zu müssen. Die Vielzahl von begrifflich und empirisch schwer faßbaren Variablen, meist wenig vergleichbare Fälle und die Unmöglichkeit experimenteller Forschung, stehen einem systematischen und kumulativ fortschreitenden Forschungsprozeß im Weg. Wie lösen nun Olson und Katzenstein dieses Problem, und wie ließe es sich über ihre Ansätze hinausgehend lösen?

Olson geht deduktiv vor. Seiner „Logik“ zufolge sollten sich langfristig in jedem Land gleiche Verhältnisse einstellen, vorausgesetzt es herrschen überall gleiche Rationalitätskriterien für Individuen. Ein Konzept institutionengebundener Rationalität läßt sich mit Olsons Ansatz nicht ohne weiteres vereinbaren. Da Institutionenbildung aus der — *invarianten* — Logik des kollektiven Handelns nutzenmaximierender Individuen erklärt wird, können unterschiedliche Bedingungen rationalen Handelns nicht ihrerseits aus Institutionen gefolgert werden — es sei denn man fände eine externe Variable, die den Regreß von Rationalverhalten auf Institutionen und von Institutionen auf Rationalverhalten kontrolliert. Andernfalls hätten wir es mit einem empirisch nicht überprüfbar Wechselerhältnis zu tun. Der exogene, die Institutionenbildung vorantreibende Faktor ist nun in Olsons Erklärungsmodell äußerst einfach. Es ist die Zeit, genauer, das Alter von Demokratien, insbesondere aber der Assoziationsfreiheit in einem Land. Je länger sich Interessenverbände frei betätigen können, umso eher kommt es zu verfestigten Verteilungskonkordien und damit zur institutionellen Sklerose in Wirtschaft und Politik. Internationale Unterschiede werden so in erster Linie einem „time-lag“ in der politischen Entwicklung zugeschrieben. Tatsächlich verwenden Olson (1983) und Weede (1987) zur empirischen Überprüfung der Stagnationshypothese das Alter von Demokratien als erklärende Variable abnehmender Wachstumsraten.

Die Vorstellung, politische und ökonomische Unterschiede zwischen Ländern und Regionen seien auf Ungleichzeitigkeiten zurückzuführen, ist in der politischen Ökonomie nicht neu. Marxistische Ansätze, Modernisierungstheorien und etliche Zyklen-theorien versuchen damit den universellen Geltungsanspruch ihrer Erklärungen mit einer vielfältigen Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Dadurch wird räumliche Varianz durch zeitliche substituiert. Im Extrem läuft dies darauf hinaus, daß Strukturunterschiede auf zeitliche Distanzen zurückgeführt werden mit der prognostischen Folgerung, daß deren Reduktion zur Konvergenz der Systeme führe. Ihr Realitätsgehalt hängt vor allem von der Frage ab, ob Ungleichzeitigkeit nur aus kontingenten Anfangsbedingungen und Diffusionsbarrieren resultiert, es sich also letztlich um ein Transaktionsphänomen handelt, oder ob es nicht weitere Möglichkeiten gibt, die ungleiche Entwicklung der Staat-Ökonomie-Beziehung in kapitalistischen Gesellschaften zu erklären?

Katzenstein nennt einen Faktor, der die Unterschiede in der institutionellen, politischen und ökonomischen Entwicklung westlicher Industrieländer unter Einschaltung einiger Zwischenschritte theoretisch plausibel und empirisch abgesichert erklären kann: Die Größe eines Landes. Interessanterweise ist bei ihm, wie bei Olson, die Organisation gesellschaftlicher Interessen eine zentrale intervenierende Variable, die nun aber nicht von der Zeit — Dauer der Assoziationsfreiheit — sondern von den Anpassungszwängen kleiner, weltmarktoffener Volkswirtschaften bestimmt wird. Dabei spielt auch bei ihm die Zeit eine durchaus wesentliche Rolle, jedoch nicht als absolu-

te Größe, sondern als soziale, von Abfolgen der Strukturbildung und sozialem Lernen charakterisierte Dimension. Im folgenden soll dieses Argument theoretisch ausgelotet und empirisch überprüft werden.

## 2.1 Institutionenbildung als morphogenetischer Prozeß

Theoretische Überlegungen deuten darauf hin, daß die strategische Interaktion in Staat-Verbände-Beziehungen von bestimmten Rahmenbedingungen abhängt. Bereits die Annahme, Systeme der Interessenvermittlung basierten auf einer von individuellen Wahlhandlungen bestimmten „Logik des kollektiven Handelns“ (Olson 1965, 1982), enthält nur die halbe Wahrheit, solange die institutionellen Voraussetzungen und Spielräume solcher Wahlhandlungen nicht spezifiziert werden. Der empirische Erklärungsgehalt dieses Konzeptes kann nur unter Einbeziehung von Problemlagen, Kräfteverhältnisse und Merkmalen der Interessenorganisation und Staatsadministration ausgeschöpft werden.

Staat-Verbände-Beziehungen sind gleichsam eingebettet in ein Strukturmuster aus parteipolitischen, parlamentarischen, verbandlichen, wirtschaftsstrukturellen und administrativen Funktionselementen. Dies wird an der Situation politisch eingebundener Gewerkschaften besonders deutlich. Die spezifische Domänen- und Organisationsstruktur korporatistischer Gewerkschaften — „encompassing“, zentralisiert, hoher Organisationsgrad — reicht keineswegs aus, ihr Verhalten, etwa in der Einkommens- oder Industrie- und Arbeitsmarktpolitik zu erklären. Im Gegenteil, gerade die umfassende Organisation von Arbeitnehmerinteressen erzeugt ein Strategiedilemma, das sich ohne Hilfe von außen nicht lösen läßt. Tragen umfassend organisierte Gewerkschaften zur schnellen Modernisierung der Wirtschaft bei, riskieren sie Entlassungen in Krisenbranchen und verletzen damit die unmittelbaren Interessen eines Teils ihrer Mitgliedschaft, tun sie es nicht, riskieren sie eine Verzögerung industrieller Anpassungsprozesse und verletzen damit die Langfristinteressen ihrer Mitglieder und der Gesamtgesellschaft an ökonomischem Wachstum und internationaler Konkurrenzfähigkeit. In dieser Situation gibt es systemimmanent nur einen Ausweg — das Dilemma wird mit Hilfe der Regierung und konkurrierender Verbände gelöst. Beide können kompensatorisch durch Zugeständnisse und Maßnahmen auf den Feldern der Sozial-, Beschäftigungs-, Humanisierungs- und Mitbestimmungspolitik zu einer Entlastung von Gewerkschaften beitragen. Diese werden dadurch erst zu rationalem, d.h. Kosten und Nutzen abwägendem Organisationsverhalten befähigt (vgl. Czada 1987a).

Der mögliche Beitrag von Gewerkschaften zur Realisierung von Kollektivgütern, z.B. Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum, hängt also wesentlich von außergewerkschaftlichen Faktoren ab. Teile der Verbände- und Korporatismusforschung ignorieren dies, wenn sie davon ausgehen, interne Strukturmerkmale würden die Strategiewahl von Organisationen und Entwicklung von Interessenvermittlungssystemen bestimmen. Diese Annahme führt zu einer begrifflichen Reduktion des Konzeptes auf Organisationsstrukturphänomene, die den tatsächlichen Mechanismen politischer Verbändebindung nicht gerecht wird.



Ein Problem besteht nun darin, die wichtigsten Rahmenbedingungen politischer Gewerkschaftseinbindung in einen aussagenkräftigen, empirisch fundierten Zusammenhang zu bringen. Pfadanalytische Methoden verbieten sich aus methodischen und theoretischen Gründen: (1) Die Zahl der Fälle ist zu klein, um komplexe, viele Variablen enthaltende Kausalmodelle anzuwenden. (2) Das vielfach geringe Skalenniveau der Daten restringiert die Auswahl der Testverfahren. (3) Die theoretische Funktionsweise von Zusammenhängen kann nicht direkt an den empirischen Einzelfall rückgebunden werden, weil sein Beitrag zur Gültigkeit eines multivariaten Kausalmodells nicht nachvollziehbar ist. (4) Ein gewichtiger theoretischer Einwand besteht darin, daß Strukturbildung häufig nicht kausal bestimmt ist, sondern aus einem „unkoordinierten Zusammenspiel von Variation und Selektion“ (Luhmann 1987: 485) hervorgeht. Eine statistische Kausalanalyse wäre deshalb vor allem hinsichtlich der zeitlichen Ordnung der untersuchten Variablen nur von begrenzter Erklärungskraft.

Ein Ausweg besteht darin, Skalierungsverfahren anzuwenden, bei denen Einzelfälle und Variablen zueinander in Beziehung treten. Luhmann (1987: 483 f.) hat jüngst darauf hingewiesen, daß der Zusammenhang von Strukturbildung und Zeitablauf generell die Form einer kumulativen Guttman-Skala annehmen könne. Er verweist zur Illustration seines Argumentes auf die sequentielle Entwicklung von Signaltausch, Sprache, Schrift, Druck und nationalen Hochsprachen. Jede Sequenz dieser Entwicklung entsteht aus einer unmittelbar vorangegangenen Stufe, ohne jedoch von dieser dauerhaft abhängig zu bleiben. Spätere Entwicklungsstufen *entstehen* abhängig, aber bestehen unabhängig von vorangegangenen. Im Unterschied zu antizipatorischen Prozessen ist diese Entwicklungssequenz nicht zweckgerichtet. Es handelt sich um eine „morphogenetische“ (Luhmann 1987: 485) Abfolge von Entwicklungsstufen, in deren Verlauf Selektivitäten verstärkt werden. Dies hieße für unsere Fragestellung, daß entwickelte korporatistische Strukturen, etwa in Schweden und Österreich, auf bestimmten kumulativ skalierbaren Voraussetzungen basieren. Am Beginn einer solchen Entwicklung stünden sehr wahrscheinlich die spezifischen Probleme kleiner Volkswirtschaften im Verlauf industrieller Anpassungskrisen, aus denen bestimmte Formen industrieller Organisation hervorgehen, die ihrerseits gesellschaftliche Kräftestrukturen und Politikstrategien prägen. Sollte sich diese Hypothese empirisch erhärten lassen, so wäre zu folgern, daß korporatistische Staat-Verbände-Beziehungen sich sequentiell, „morphogenetisch“ entwickeln, dadurch weitgehende Stabilität gewinnen, und sich durch politische Intervention weder herstellen noch leicht verändern lassen (vgl. zur Methode: Carneiro 1970; Leik/Mathews 1968).

Im folgenden sollen die Skaleneigenschaften der im Zusammenhang mit dem Korporatismuskonzept genannten Erklärungsvariablen näher untersucht werden.

### 3. Zur Genese korporatistischer Staat-Verbände-Beziehungen

Die Guttman-Skala basiert auf dem Prinzip eines mehrfachen Rüttelsiebes, dessen Maschen immer enger, und damit schwieriger passierbar werden. Sie bringt sowohl Fälle als auch Variablen in eine Rangordnung. Man kann sich ihre Funktion so vorstellen,

daß die zugrundeliegenden Variablen nach Schwierigkeitsgraden geordnet werden und daß Länder, die eine „schwierige“ Bedingung, etwa korporatistische Verbändeinbindung, erfüllen, immer auch den weniger „schwierigen“ Bedingungen, etwa Kleinheit eines Landes oder hoher gewerkschaftlicher Zentralisationsgrad, in abgestufter Weise genügen.

Auf die Entwicklung von Interessenvermittlungssystemen angewandt, heißt das von den am höchsten interkorrelierenden Variablen auszugehen. Die Korrelationstabelle (Tabelle 1) enthält die wesentlichsten mit dem Korporatismuskonzept verbundenen Erklärungsvariablen.

Neokorporatistische Gewerkschaftseinbindung meint hier die trans-sektorale Gewerkschaftsbeteiligung an der Formulierung und Ausführung von Politiken. Davon zu unterscheiden wäre die auf einzelne Politikfelder begrenzte und voneinander isolierte Beteiligung, wie man sie in den Arbeitsverwaltungen oder im sozialpolitischen Gesetzgebungsprozeß der meisten Industrieländer antrifft. Die trans-sektorale Gewerkschaftseinbindung, eine quasi Allzuständigkeit der großen Produzentenverbände also, findet sich dagegen nur in drei europäischen Ländern: Schweden, Österreich und Norwegen (vgl. Czada 1983; Lehbruch 1984).

Jessop (1979) bezeichnet den Neo-Korporatismus als das „höchste Stadium der Sozialdemokratie“. Der Zusammenhang von sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und neo-korporatistischer Verbändeinbindung wird von Lehbruch (1977) unter dem Aspekt keynesianischer Wirtschaftssteuerung, und dabei insbesondere als Grundlage einer konzertierten Einkommenspolitik betrachtet.

*Organisationsgrad* und *Zentralisierung der Gewerkschaften* galten als die Vorausset-

Tabelle 1: Korrelate politischer Gewerkschaftseinbindung\*

	V061 Gewerk- schaft! Politik- einbin- dung	SOZDEM Soz. dem. Regierung 1945-83	V081 Zentr. d. Gewerk- schaften	V079 Org.grad Gewerk- schaften	V075 Industr. Konzentrations- grad	V034 Außen- wirtsch. Abhäng.	V036 Größe e. Landes (BIP)
V061	1.0000						
SOZDEM	0.6382** <sup>2</sup>	1.0000					
V081	0.7036**	0.5118*	1.0000				
V079	0.3134	0.6028	0.3709	1.0000			
V075	0.3200 <sup>1</sup>	0.4029	0.4264*	0.6461*	1.0000		
V034	0.6402*	0.4576	0.6187*	0.3504	0.7470*	1.0000	
V036	0.2991	0.2843	0.3952	0.4795	0.7845**	0.6373* <sup>1</sup>	1.0000

\* Signifikanzniveau < 0.01

\*\* Signifikanzniveau < 0.001.

1 PEARSON CORR,

2 KENDALLS TAU,

Sonst Rs.

\* Datengrundlagen: SOZDEM: Schmidt 1982, V034, V036: OECD - Main Economic Indicators (Durchschnitt der 70er Jahre), V075: Pryor 1972, Stephens 1979, V081: Headey 1970, Wilensky 1976, Schmitter 1981, Korpi/Shalev 1979, V061: Czada 1983, Lehbruch 1984.

zungen für politische Verbändeinbindung überhaupt. Wilensky (1976) und Streeck (1978: 122 f.) argumentieren überzeugend, daß Kooperationswille und Kooperationsfähigkeit von Verbänden zuallererst von deren Organisationszentralisierung abhängen. Der Zusammenhang von *Wirtschaftsstrukturen*, insbesondere von ökonomischer Konzentration mit Gewerkschaftseinbindung hat dagegen nur wenig Beachtung gefunden. Stephens (1979) ist zuerst der empirische Zusammenhang von Branchenkonzentrationsgraden und Verbändestrukturen in westlichen Industrieländern aufgefallen. Und schon 1978 hat Cameron auf die Bedeutung der *Weltmarktabhängigkeit* als Determinante staatlicher Ausgabenentwicklung hingewiesen. Eine eher narrative Zusammenschau der genannten Erklärungsfaktoren hat schließlich Peter Katzenstein (1974, 1975) geleistet. Außerdem fügte er eine weitere Variable, die Kleinheit eines Landes, gewissermaßen als Anfangsbedingung hinzu. Er zieht eine direkte Linie von der Kleinheit eines Landes zu korporatistischer Verbändeinbindung, ohne Verzerrungen durch intervenierende Variablen systematisch zu berücksichtigen und muß deshalb häufig auf ad hoc-Erklärungen ausweichen. Die Beziehung zwischen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und Gewerkschaftseinbindung entgeht ihm, weil es offenbar keinen direkten Zusammenhang zwischen der Kleinheit von Ländern und der Dauer sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung gibt (Katzenstein 1985).

Schaubild 1 zeigt, daß die genannten Variablen eine nahezu perfekte Guttman-Skala bilden, die über fünf Zwischenschritte den Faktor „Kleinheit eines Landes“ mit korporatistischer Gewerkschaftseinbindung verbindet.

Die Funktionsweise der in Tabelle 1 gezeigten Zusammenhänge hätte man sich Entwicklungsgeschichtlich folgendermaßen vorzustellen:

*Kleine Binnenmärkte* (1) begründen hohe *außenwirtschaftliche Abhängigkeit* (2). Je kleiner die Produktions- und Absatzmöglichkeiten in einem Land sind, desto kleiner ist gleichzeitig die Zahl der koexistenzfähigen Unternehmen, und um so wahrscheinlicher werden aus ökonomischem Zwang und infolge politischer Intervention die nationalen Produktionskapazitäten zusammengefaßt, um der Weltmarktkonkurrenz standzuhalten<sup>5</sup>. Die Folge sind hohe *Branchenkonzentrationsgrade* (3) — man kann bei den kleinen Ländern, etwa Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Norwegen, von einer faktischen Monopolisierung der wichtigsten Industriebranchen sprechen<sup>6</sup>. Zum Teil, insbesondere in der politisch dominierenden Exportwirtschaft sowie im Bereich der Grundstoffindustrie und auf dem Arzneimittelsektor, läßt sich dieser Dachverhalt neben ökonomischen Zwängen vor allem aus politischer Intervention erklären. Überhaupt scheint das Ausmaß industriepolitischer Eingriffe — ob nun staatlich, korporatistisch oder kartellförmig — in kleinen offenen Volkswirtschaften höher zu sein in mehrfacher Hinsicht: zunächst dichter, also von größerer Breite und Reichweite, dann stabiler in zeitlicher und legitimatorischer Hinsicht und umfassender, insofern als die sozialen Kosten industriepolitischer Strategien kompensiert werden, sowie schließlich zielgerichteter, weil anstelle nationaler Autarkie- und Machtinteressen dezidierte Spezialisierungsstrategien vorherrschen. Damit wird der Unterschied zu industriepolitischen Ansätzen großer Länder deutlich. So ist die französische Industriepolitik von Intensitätszyklen und sprunghaften Zielveränderungen sowie von exklusiven anstelle breiter Eingriffe bestimmt. Die dortige Strategie ist mit der Vorstellung nationaler

Schaubild 1 ; Bedingungsfaktoren korporatistischer Gewerkschaftseinbindung

Guttman-Skala mit Variablen

- KORP           Entwickelter Korporatismus
- SOZDEM        Sozialdemokratische Dominanz
- ZENTRAL       Zentralisierung der Gewerkschaften
- ORGGRAD       Gewerkschaftlicher Organisationsgrad
- MONOPOL       Branchenkonzentration
- ABHÄNG        Außenwirtschaftliche Abhängigkeit
- KLEIN          Größe des Binnenmarktes

VARI- AB- LEN	KORPo- ratismus		SOZ.- DEM. Domi- nanz		ZEN- TRALE Gewerk- schaft.		Hoher ORG.- GRAD		MONO- POLI- sierung		Starke AB- HÄNGig.		KLEINes Land		Fälle
	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	
	Err.		Err.		Err.		Err.		Err.		Err.		Err.		
7		3		3		3		3		3		3		3	3
		Err.													Österreich Schweden Norwegen
6	1			1		1		1		1		1		1	1
				Err.											Finland
5	2		1	1		1	1		2		2		2	2	2
															Belgien Dänemark
															Err.
4	3		3		2	1		1	2		2	1		3	3
															Err.
															Niederlande Irland Neu Seeland
3	1		1		1			1			1			1	1
															Err.
															Schweiz
2	2		1	1		2		2			2			1	1
															Err.
															Großbritan. Australien
1	2		2		2		2		2		2			2	2
															Err.
															Kanada Italien
															Err.
															BRDeutschl. Japan, Frank- reich, USA
Sums	15	3	12	6	12	6	10	8	7	10	8	10	5	13	18
Pcts.	82	18	67	33	67	33	56	44	44	56	44	56	28	72	
Err.	0	0	0	2	1	1	1	0	1	2	2	0	1	0	14

Coefficient of Reproducibility = 0.9100  
 Minimum Marginal Reproducibility = 0.6349  
 Percent Improvement = 0.2651  
 Coefficient of Scalability = 0.7015

Produktionsketten (Filières) verbunden. Danach wird beispielsweise eine defizitäre Stahlindustrie erhalten, wenn sie eine exportfähige Automobilindustrie von Importen unabhängig macht — eine neomerkantilistische Strategie also (vgl. Jansen/Willier 1985; Jansen 1988). Ähnlich verhält es sich in Japan, wo die Institution des „set control“ (Keiretsu) von Industriekonglomeraten das Denken in Produktionsketten offenbart. Die industrielle Spezialisierungsstruktur kleiner Länder basiert dagegen häufig auf der Besetzung von Marktnischen und speziellen Produktionsstufen. Durch den damit verbundenen Import von Vorprodukten erreicht die Summe von Exporten und Importen annähernd den Wert des Bruttosozialproduktes oder geht sogar darüber hinaus (Belgien, Niederlande, Dänemark, Finnland, Schweiz).

Kleine offene Volkswirtschaften sind den Schwankungen des Weltmarktes besonders stark ausgesetzt und müssen politisch darauf reagieren (Nußschaleneffekt). Kommt zu außenwirtschaftlicher Abhängigkeit ein hoher Konzentrations- und Spezialisierungsgrad hinzu, so werden sie gegenüber weltwirtschaftlichen Veränderungen besonders anfällig, weil nicht wie in großen Volkswirtschaften ein stochastischer Ausgleich zwischen Branchenkonjunkturen oder regionalen Sonderentwicklungen und auftretenden Strukturdefekten erwartet werden kann; weltwirtschaftliche Veränderungen schlagen dann überproportional auf den Binnenmarkt durch (Mokkatasseneffekt). Das eindringlichste Beispiel ist hier Belgien, das aufgrund seiner wirtschaftlich dominierenden Stahl- und Textilindustrie von den weltweiten Veränderungen der Produktions- und Nachfragestrukturen gerade dieser Produktionszweige besonders betroffen wurde. Hohe Branchenkonzentration, Produktspezialisierung und außenwirtschaftliche Abhängigkeit machen also die Wirtschaftspolitik eines Landes mehrfach abhängig und verletzlich. Dies führt, so die Argumentation Katzensteins (1985), zu einem gemeinsamen Produktionsinteresse von Kapitalverbänden und Gewerkschaften und zur Bevorzugung von Verhandlungslösungen im Bereich der gesellschaftlichen Interessenvermittlung. Verhandlungslösungen setzen nun die institutionelle, d.h. dauerhafte und berechenbare Integration der organisierten Arbeiterklasse in die politische Herrschaftsstruktur voraus — ein Vorgang, der dort, wo die Gewerkschaften hochgradig und zentralistisch organisiert waren, meist mit dem Aufstieg und der schließlichen Regierungsbeteiligung einer sozialdemokratischen Partei zusammenfiel.

Weltmarktabhängigkeit sowie ökonomische Konzentration und technologische Spezialisierung begünstigen die *Organisation des Kapitals und der Gewerkschaften* (Tabelle 1). *Hoher Organisationsgrad* (4) und die *Zentralisierung* (5) der Gewerkschaften unterliegen allerdings weiteren Bedingungen. Hier wäre vor allem auf konfessionelle und ethnische Konfliktlinien sowie auf die regionale Dispersion von Branchen hinzuweisen, die gewerkschaftliche Organisationsformen und -bereitschaft beeinflussen. Tatsächlich kann damit erklärt werden, warum Belgien, die Schweiz und die Niederlande den Erfordernissen der Guttman-Skala (Schaubild 1) am wenigsten genügen. Vor allem in Belgien wären aufgrund außenwirtschaftlicher Verletzlichkeit und hohem Organisationsgrad ein stärker zentralisiertes Gewerkschaftssystem und langdauernde sozialdemokratische Regierungsbeteiligung zu erwarten. Die Niederlande stehen hinsichtlich ihrer ausgeglichenen Industriestruktur (Pryor 1972) und dem vergleichsweise niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad den großen Ländern am nächsten. Die dort

vorfindbare Zentralisierung und starke Gewerkschaftseinbindung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ist deshalb erklärungsbedürftig.

Die auf den mittleren Rängen der Skala angesiedelten kleinen Länder weisen zwar eine Reihe wichtiger Voraussetzungen zur Entwicklung neokorporatistischer Gewerkschaftseinbindung auf, sind aber zumeist von komplexen gesellschaftlichen Konfliktlinien, politisch gespaltenen Arbeiterbewegungen und einer schwachen Sozialdemokratie gekennzeichnet. Wenn es dort trotzdem zur Institutionalisierung des Klassenkonfliktes und zu Formen sektoraler Gewerkschaftseinbindung, vor allem in der Sozialpolitik, kam, dürfte dies nicht zuletzt auf Erfahrungen während der deutschen Besatzung im zweiten Weltkrieg zurückzuführen sein. Die äußere Bedrohung durch ein sowohl den Konfessionen wie der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehendes Regime wirkte hier im Inneren konfliktdämpfend (Katzenstein 1985).

Zusätzliche industriestrukturelle Merkmale, die hier keine Berücksichtigung finden konnten, dürften ebenfalls differentielle Entwicklungen in den einzelnen Ländern verursachen. Dominieren wenige nationale Industriestandorte (Schweden, Norwegen), und treten konfessionelle und ethnische Konfliktlinien in den Hintergrund, so werden davon Organisationsgrad, politische Konzentration und Zentralisierung der Gewerkschaften positiv beeinflusst, insbesondere wenn die bereits genannten Bedingungen — kleines Land, Außenwirtschaftsabhängigkeit, industrielle Konzentration und Spezialisierung zusätzlich erfüllt sind. Die Schweiz (ethnisch fragmentiert, regionale Dispersion der Industrieschwerpunkte), Belgien (ethnisch fragmentiert) und die Niederlande (nachwirkende konfessionelle Versäulung, vergleichsweise geringe Branchenkonzentration) sind zudem durch starke bürgerliche bzw. christliche Parteienlager gekennzeichnet.

Dies verweist auf die letzte Voraussetzung für die Entstehung korporatistischer Verbändeinbindung. Kommt *langdauernde sozialdemokratische Regierungsbeteiligung* (6) zu den übrigen fünf Faktoren, und dies gilt für die Nachkriegszeit nur für Schweden, Österreich, Norwegen und Finnland, beginnt eine Entwicklung, die sehr wahrscheinlich in politischer Gewerkschaftseinbindung mündet. Die historisch begründete Affiliation von Gewerkschaften und Sozialdemokratie und organisierter Arbeiterbewegung, gemeinsame politische Zielvorstellungen und bestehende Organisationsverflechtungen begünstigten korporatistische Arrangements zwischen Gewerkschaften und einer „Arbeiterregierung“ (vgl. Schmidt 1982b: 35 f.; Armingeon 1983: 235). Darüber hinaus unterliegt langdauernde sozialdemokratische Regierungsbeteiligung bestimmten politikstrategischen Zwängen, die mit Problemlagen und politisch-institutionellen Merkmalen kleiner Volkswirtschaften korrespondieren und Verbändeinbindung erheischen.

Durch die Notwendigkeit, ihre Gleichheits- und Umverteilungsziele auf den funktionalen Primat der Wirtschaftsentwicklung auszurichten, werden sozialdemokratische Regierungen für interventionistische Politiken in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik besonders anfällig. Interventionistische Politik kann aber in kleinen offenen Volkswirtschaften schwerlich kohärente Planungspolitik bedeuten. Sich ständig verändernde Weltmarktbedingungen erzwingen stattdessen flexible Anpassungspolitiken und/oder die wohlfahrtsstaatliche Kompensation anfallender Kosten. Neben Elementen



ten keynesianischer Nachfragestabilisierung besteht die mögliche Synthese von Verteilungs- und Wachstumszielen nur darin, entweder „Planungssubstitute“ zur Kontrolle von Kapital- und Arbeitsmärkten zu institutionalisieren oder die Kosten marktgesteuerter Anpassungen sozialpolitisch abzufedern. Diese Planungssubstitute finden sich nun um so ausgeprägter, je stärker Gewerkschaften und Unternehmerverbände in die staatliche Politik inkorporiert sind. Dazu gehören in Schweden, Österreich und Norwegen vor allem die Steuerung ökonomischer Angebotsbedingungen durch eine korporatistisch kontrollierte und über Spezialkreditinstitutionen implementierte Zinspolitik, die wirtschaftliche Konzentrationsförderung durch Gesellschaftsrecht und Steuergesetzgebung, mitunter auch durch direkte industriepolitische Intervention, die fiskalpolitische Investitionsförderung sowie die politische Regulierung des Arbeitsmarktes und eine gesamtwirtschaftlich abgestimmte Lohn(struktur)politik der Tarifparteien, die sich vor allem an Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz orientiert (Zenk 1971a; 1971b; Mißbeck 1983; Lang 1978; Lamel 1979; Lafferty 1981).

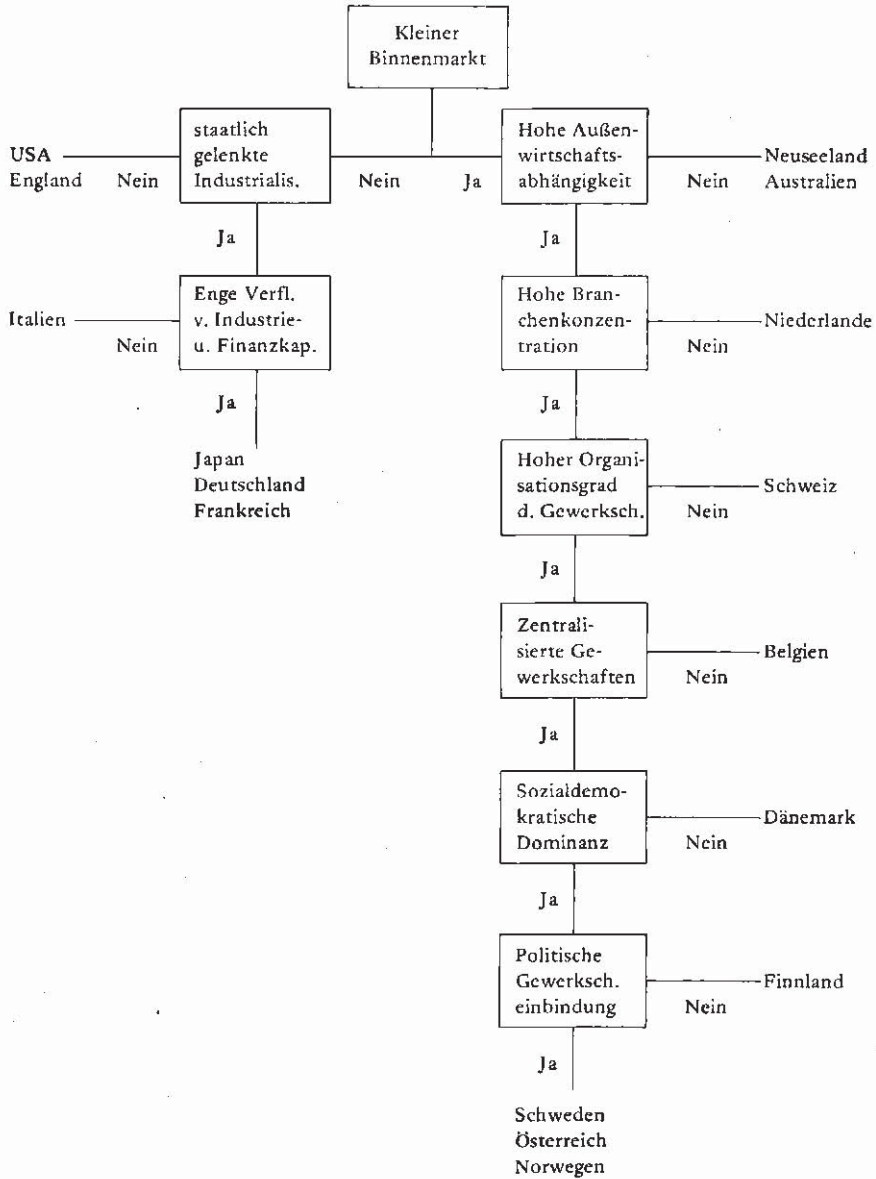
Sozialpolitische Kompensationsstrategien (hohe Sozialtransfers) im Verein mit marktwirtschaftlichen Anpassungspolitiken sind dagegen häufig in den kleinen Ländern anzutreffen, wo die Gewerkschaften nicht umfassend in die Politikentwicklung integriert sind, komplexe soziale Konfliktlinien vorherrschen und christdemokratische Parteien lange Zeit die Regierung stellten (Wilensky 1981; Schmidt 1982b).

Hier kann nicht im einzelnen auf die politikstrategischen Korrelate der in Schaubild 2 wiedergegebenen, aus der Rangordnung der Guttman-Skala abeleiteten Entwicklungssequenzen eingegangen werden. Dies würde eine detailliertere materielle Politikanalyse erfordern, die vor allem das Problem der Trade-offs zwischen Politikoptionen einschließen müßte (vgl. Czada 1987a, 1987b)<sup>1</sup>. Generell dürfte jedoch gelten, daß auf dem Weg zu korporatistischer Gewerkschaftseinbindung zunehmend interventionsfreundliche Strukturen erreicht werden (Schaubild 2).

Die auf halbem Weg zu korporatistischer Gewerkschaftseinbindung angesiedelten konkordanzdemokratischen kleinen Länder verfügen nur über begrenzte Möglichkeiten interventionistischer Wirtschaftspolitik. Komplexe Konfliktstrukturen und der „inklusive“ Ansatz im System der Interessenvermittlung erschweren industriepolitische Konsensbildungsprozesse und führen zu vornehmlich marktgesteuerter Industrieanpassung (Lehner 1987: 77). Inklusivität der Interessenvermittlung bedeutet hier aber gleichzeitig, daß sozialpolitische (Niederlande, Belgien, Dänemark) oder arbeitsmarktpolitische (Schweiz, vgl. Schmidt 1985) Kompensationsstrategien erforderlich werden. Schreitet die Entwicklung zu korporatistischer Gewerkschaftseinbindung fort, so begünstigen hohe Branchenkonzentration und Produktspezialisierung, Gewerkschaftszentralisierung und langdauernde sozialdemokratische Regierungsbeteiligung interventionistische Problemlösungen.

Sicher haben auch frühe Verwaltungstraditionen und spezifische, aus dem Industrialisierungsprozeß resultierende Staat-Ökonomie-Beziehungen interventionistische Politikstile beeinflußt. Andererseits deuten die vorliegenden Daten darauf hin, daß „state-capacities“ wesentlich von der Interventionsfreundlichkeit ökonomischer und gesellschaftlicher Organisationsstrukturen abhängen. Regierungen können diese Strukturen nicht herstellen, weil die in Schaubild 2 gezeigten Wege nicht durch Wahlhandlungen

Schaubild 2: Weichenstellungen auf dem Weg zu politischer Gewerkschaftseinbindung



Anmerkung: Die Baumstruktur entspricht einer vereinfachten Darstellung der Guttman-Skala (Schaubild 1)



politischer Akteure bestimmt sind. Ökonomische Problemlagen, Industriestrukturen, gesellschaftliche Konfliktlinien, und intermediäre Systeme der Interessenvermittlung wirken stattdessen bei den entscheidenden Weichenstellungen zusammen.

Rothstein (1985) hat am Beispiel der von Gewerkschaften und Arbeitgebern mit staatlichen Mitteln betriebenen schwedischen Arbeitsmarktbehörden gezeigt, wie im Zeitverlauf eine leistungsfähige korporatistisch-sozialdemokratische Reformbürokratie entsteht. Interessant ist dabei, daß die Arbeitsmarktbehörde nicht für den Zweck geschaffen worden war, dem sie später dienen sollte. Vielmehr geht sie auf eine frühe autonome Institution korporatistischer Arbeitsvermittlung zurück, die, von Tarifkonflikten weitgehend abgeschirmt, das gemeinsame Produktionsinteresse der Tarifparteien artikulieren konnte. Die Herausbildung der mit weitgehenden industriepolitischen Kompetenzen ausgestatteten Arbeitsmarktbehörde war demnach nicht Folge, sondern Voraussetzung für Eingriffintensität und Strategiefähigkeit sozialdemokratischer Arbeitsmarkt- und Industriepolitik.

Die Herausbildung politischer Gewerkschaftseinbindung beruht zwar auf Faktoren, die *gleichzeitig* interventionistische Wirtschaftspolitiken begünstigen. Dieses Entsprechungsverhältnis muß indes nicht zwangsläufig historisch fortwirken. Es ist durchaus denkbar, daß sozialdemokratische Regierungen verschwinden und Industriestrukturen heterogener werden, ohne daß dadurch der Bestand korporatistischer Netzwerke gefährdet würde. Es handelt sich ja hier nicht um eine zeitunabhängig wirksame Kausalstruktur, sondern um eine Sequenzabfolge, in der jede erreichte Entwicklungsstufe ein weitgehendes Eigenleben gewinnen kann. Selbst die Dezentralisierung gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen muß nicht notwendig eine Rückentwicklung politischer Einbindung bewirken.

Das Beispiel des schwedischen Korporatismus in den 80er Jahren zeigt, daß vorhandene Strukturen der Interessenvermittlung deren Fortentwicklung selektieren. Die Gewerkschaftsinkorporation auf zentraler Ebene wird durch die dezentrale, produktionspolitische Einbindung auf Betriebsebene ergänzt und stabilisiert, während gleichzeitig die Tarifbeziehungen eine Phase der Neuorientierung und vorsichtigen Differenzierung durchlaufen (vgl. Czada 1988). Daraus die Rückbildung korporatistischer Strukturen abzuleiten, entspricht einem unhistorischen, funktionalistischen Kausalbegriff. Eine Rückentwicklung ist schon deshalb ausgeschlossen, weil morphogenetische Prozesse eine Strukturänderung an eine andere anschließen ohne sich „vorgreifend-rückblickend an Resultaten zu orientieren“ (Luhmann 1987: 485). Nur wenn Entwicklungssequenzen auf einen Anfangszustand oder auf die Selektion des Prozeßendes hin orientiert sind, kann man den Prozeß beenden oder umkehren! Für die politikstrategischen Konsequenzen heißt dies, daß mit politischer Gewerkschaftseinbindung nicht notwendig und immer zentralistische Interventionskonzepte verbunden sein müssen. Zwar ist eine Rückkehr zu neoliberaler Marktsteuerung wenig wahrscheinlich, eine dezentrale Politisierung der Produktion unter Berücksichtigung egalitärer Ziele in der primären (Arbeitseinkommen) und sekundären (Sozialeinkommen) Verteilungssphäre könnte jedoch eine Entwicklung markieren, die zwar nicht von korporatistischen Systemen ausgeht, für die diese jedoch gut gerüstet sind.

Wenig trennscharf erweist sich die Guttman-Skala für Länder mit großen Binnenmärk-

ten. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Japan werden in einer Kategorie abgelegt, obwohl die Systeme der Interessenvermittlung und industriepolitischen Strategien dieser Länder erheblich voneinander abweichen. Dies kann vermutlich nur auf differierende Industrialisierungsmuster zurückgeführt werden. Die frühe, von marktliberalen Wirtschaftsauffassungen begleitete Industrialisierung in Großbritannien und den USA kontrastiert mit der von interventionistischen Maßnahmen begleiteten, aufholenden Spätindustrialisierung in Deutschland, Japan und Frankreich.

#### 4. *Schlußfolgerungen*

Die in der Literatur am häufigsten genannten Bedingungsfaktoren korporatistischer Gewerkschaftseinbindung — kleiner Binnenmarkt, hohe Branchenkonzentration, hoher Organisationsgrad und Zentralisierung von Gewerkschaftssystemen, langdauernde sozialdemokratische Regierungsbeteiligung — bilden eine nahezu perfekte kumulative Guttman-Skala. Solche Skalen können als Abfolge von Entwicklungsstufen interpretiert werden (Leik/Mathews 1968; Carneiro 1970; Luhmann 1987). Dies bedeutet:

1. Korporatistische Gewerkschaftseinbindung basiert auf einer Reihe struktureller Voraussetzungen, die sich sequentiell herausbilden oder zumindest stufenweise aufeinander beziehen.
2. Für die Praxis heißt dies zunächst, daß sie nicht schnell und zielgerichtet veränderbar sind, und zum anderen, daß eine Konvergenz von Systemen der Interessenvermittlung, wie sie nach prominenten allgemeinen, meist funktionalistisch orientierten Theorien der Interessenpolitik zu erwarten wäre, nicht eintritt.
3. Korporatistische Gewerkschaftseinbindung entwickelte sich aus einer Konfiguration, die gleichermaßen industriepolitische Intervention begünstigt. Die gefundene Skalenordnung, insbesondere die Position der Länder mit komplexen gesellschaftlichen Konfliktlagen, läßt vermuten, daß Strukturen gesellschaftlicher Konflikte und der industriellen Produktion (Branchenkonzentration, Spezialisierung und regionale Dispersion) generell die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftsintervention bestimmen. Fehlen die gesellschaftlichen Voraussetzungen in der Industriestruktur und im System der Interessenvermittlung, so bergen staatlich-administrative Eingriffe die Gefahr der „Übersteuerung“. Diese Art einer etatistischen Politisierung der Ökonomie ist von den „Verhandlungsökonomien“ korporatistischer Prägung grundsätzlich zu unterscheiden.
4. Veränderungen der Produktionsorganisation im Zusammenhang mit einem Trend zum „desorganisierten Kapitalismus“, sowie die Heterogenisierung gesellschaftlicher Konfliktlinien führen nicht notwendig zu einem Ende des Neo-Korporatismus (Lash 1985). Da korporatistische Gewerkschaftseinbindung einem evolutionären Prozeß entspringt, kann von einer fortdauernden Determination durch die in diesem Prozeß wirksamen Bedingungsfaktoren nicht ausgegangen werden. Kurz- bis mittelfristig folgt aus dem Wegfall sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung so wenig das Ende politischer Gewerkschaftseinbindung wie aus dem nachlassenden Gebrauch der Handschrift das Ende des Buchdrucks. Die Nähe der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie kann durch-

aus nachlassen, während die aus ihr ursprünglich hervorgehende Einbindung in staatliche Politik fort dauert.

5. Schließlich bedeutet die Skaleneigenschaft der vorgelagerten Bedingungsfaktoren korporatistischer Gewerkschaftseinbindung, daß es konsistente nationale Muster der Interessenvermittlung gibt. Variationen innerhalb von Ländern über Wirtschaftssektoren hinweg können deshalb nicht ohne den Rekurs auf länderspezifische Eigenheiten begriffen werden.

### *Anmerkungen*

- 1 Dies zeigte sich nicht nur in der empirischen Korporatismusforschung (Schmidt 1982a, 1982b; Schmitter 1981; Armingeon 1983; Czada 1983; Keman 1984; Blaas/Guger 1985; Lehner 1987), sondern auch in den Arbeiten von Zysman (1983) und Hall (1985b) zur Industriepolitik westlicher Industrieländer.
- 2 Der Beitrag stützt sich auf Vorarbeiten zu einem international vergleichenden Projekt zum Zusammenhang institutioneller Faktoren und industrieller Anpassungsflexibilität in westlichen Industrieländern. Für Kritik und Anregungen danke ich Josef Schmid, der zur Klärung der Argumentation wesentlich beigetragen hat.
- 3 Keman und van Dijk (1987: 141) kommen in einer international vergleichenden Analyse wirtschaftspolitischer Strategien im Zeitraum zwischen 1964 und 1983 zu dem Ergebnis: „Der Haupttrend scheint sich vom sozialen Wohlfahrtsstaat zu einem mehr divergenten Muster zu entwickeln“. In einer ersten Untersuchungsperiode bis 1973 können 14 Länder als sozial, wohlfahrtsstaatlich, d.h. keynesianisch oder sozial-marktwirtschaftlich gekennzeichnet werden. Nach 1973 ändert sich das Muster — nur fünf von 17 untersuchten Ländern verfolgen weiterhin eine keynesianische, vier eine sozialpolitisch abgefederte marktwirtschaftliche, sechs eine monetaristische und zwei eine fiskalkonservative Strategie.
- 4 Diese Charakterisierung bezieht sich auf Olson (1982) und Schmitter (1977). „Encompassing“, umfassend, ist ein Verband nach Olson dann, wenn seine Mitgliedschaft einen so großen Teil der Gesellschaft einschließt, daß er die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen seiner Politik nicht länger zugunsten eigener Sonderinteressen ignorieren kann.
- 5 Hier empfiehlt sich der Hinweis, daß die Weltmarktverflechtung der Bundesrepublik Deutschland, gemessen an Österreich, Norwegen, Belgien, Niederlande, keineswegs außergewöhnlich hoch ist, wie in der politischen Auseinandersetzung gelegentlich suggeriert wird. Der Anteil der Summe von Exporten und Importen am Bruttosozialprodukt bewegte sich in den vergangenen Jahrzehnten zwischen 30 und 40, neuerdings jedoch knapp über 50 Prozent. Dagegen erreichten Belgien, Irland und die Niederlande bereits in den 70er Jahren Quoten von über 100 Prozent. Die seit Jahrzehnten unverändert geringsten Außenhandelsquoten haben dagegen aufgrund ihrer großen Binnenmärkte die USA und Japan.
- 6 Nach Pryor (1972: 133) differiert die durchschnittliche Branchenkonzentration signifikant zwischen Frankreich, Italien, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, USA und Japan mit geringen und Schweden, Kanada und Belgien mit höheren Werten. Nach Stephens (1979) sind Österreich und die Schweiz zu der letzteren Gruppe zu zählen. Aufgrund des Ausgleichs zwischen branchenspezifischen Konzentrations- und Dekonzentrationsbewegungen veränderten sich die durchschnittlichen Konzentrationsgrade in den vergangenen Jahrzehnten nur unwesentlich (Dunning/Pearce 1985).
- 7 Beispielsweise kann die Stellung einer Gewerkschaft zur Industriepolitik nicht isoliert von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Erwägungen betrachtet werden. Da Zielkonflikte das Handeln politischer Akteure bestimmen, sollten Politikergebnisse vornehmlich nach ihrem Beitrag zur Lösung solcher Zielkonflikte, und nicht als isolierte Größen beurteilt werden (vgl. Castles 1987).

## Literaturverzeichnis

- Armigeon, K.*, 1983: Neokorporatistische Einkommenspolitik. Eine vergleichende Untersuchung von Einkommenspolitiken in westeuropäischen Ländern in den 70er Jahren, Frankfurt/Main 1983.
- Blaas, W./Guger, A.*, 1985: Arbeitsbeziehungen und makroökonomische Stabilität im internationalen Vergleich, in: *P. Gerlich/E. Grande/W. C. Müller*, Sozialpartnerschaft in der Krise. Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus in Österreich, Wien/Köln/Graz, 255-278.
- Cameron, D.*, 1978: The Expansion of the Public Economy. A Comparative Analysis, in: *American Political Science Review* 72, 1243-1261.
- Carneiro, R.L.*, 1970: Scale Analysis. Evolutionary Sequences and the Rating of Cultures, in: *R. Naroll/R. Cohen* (Hrsg.), *A Handbook of Method in Cultural Anthropology*, Garden City, 834-871.
- Castles, F. G.*, 1987: Neocorporatism and the "happiness index", or what the trade unions get for their Cooperation, in: *European Journal of Political Research* 15, 381-393.
- Czada, R.*, 1983: Konsensbedingungen und Auswirkungen neokorporatistischer Politikentwicklung, in: *Journal für Sozialforschung* 23, 421-440.
- Czada, R.*, 1987a: The impact of interest politics on flexible adjustment policies, in: *H. Keman/H. Paloheimo/P. Whiteley* (Hrsg.), *Coping with the Economic Crisis*, London/Beverly Hills, 20-53.
- Czada, R.*, 1987b: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Arbeitslosigkeit, in: *H. Abromeit/B. Blanke* (Hrsg.), *Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren*, Opladen, 57-73.
- Czada, R.*, 1988: Auf dem Weg zur Produktionspolitik. Zur Entwicklungslogik neokorporatistischer Gewerkschaftseinbindung in Schweden, in: *W. Müller-Jentsch* (Hrsg.), *Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/Main.
- Dittrich, W.*, 1985: Mitbestimmung — eine korporatistische Strategie?, Konstanz.
- Dunning, J./Pearce, D.*, 1985: *The World's Largest Industrial Enterprises*, Westmead, Farnborough.
- Göhler, G.*, 1988: Soziale Institutionen - Politische Institutionen. Das Problem der Institutionentheorie in der neueren deutschen Politikwissenschaft, in: *W. Luthardt/A. Waschkuhn* (Hrsg.), *Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen*, Marburg, 12-27.
- Hall, P.*, 1986: *Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France*, Oxford.
- Headey, B.*, 1970: Trade Unions and National Wage Policies, in: *The Journal of Politics* 32, 407-439.
- Jansen, P.*, 1988: Die gescheiterte Sozialpartnerschaft. Die französische Gewerkschaftsbewegung zwischen Tarifautonomie und Staatsinterventionismus, Frankfurt/Main.
- Jansen, P./U. Willier*, 1985: Modernisierung und Renaissance der Industriegesellschaft in Frankreich. Ambitionen der sozialistischen Industriepolitik, in: *Perspektiven des Demokratischen Sozialismus* 2, 92-108.
- Jessop, B.*, 1979: Corporatism, Parliamentarism and Social Democracy, in: *Ph. Schmitter/G. Lehmbruch* (Hrsg.), *Trends Towards Corporatist Intermediation*, London/Beverly Hills, 185-212.
- Katzenstein, P.*, 1984: *Corporatism and Change. Austria, Switzerland and the Politics of Industry*, Ithaca.
- Katzenstein, P.*, 1985: *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca.
- Keman, H./van Dijk, T.*, 1987: Political Strategies to overcome the crisis: policy formation and economic performance in seventeen capitalist democracies, in: *H. Keman/H. Paloheimo/P. Whiteley* (Hrsg.), *Coping with the Economic Crisis*, London/Beverly Hills, 127-162.
- Korpi, W./M. Shalev*, 1979: Strikes, Industrial Relations and Class Conflict in Capitalist Societies, in: *British Journal of Sociology* 30, 164-187.
- Lafferty, W.*, 1981: *Participation and Democracy in Norway*, Oslo.
- Lamel, J.*, 1979: *Strukturpolitik zwischen Markt und Kommissionen*, Wien.
- Lang, W.*, 1981: Krisenmanagement durch Neokorporatismus. Das Modell Österreich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 22, 6-25.
- Lash, S.*, 1985: The End of Neo-Corporatism. The Breakdown of Centralized Bargaining in Sweden, in: *British Journal of Industrial Relations* 23, 115-139.

- Lehmbruch, G.*, 1977: Liberal Corporatism and Party Government, in: *Comparative Political Studies* 10, 91-126.
- Lehmbruch, G.*, 1984: Concertation and the structure of corporatist networks, in: *J. H. Goldthorpe* (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford, 60—80.
- Lehmbruch, G.*, 1987: Administrative Interessensvermittlung, in: *A. Windhoff-Hentier* (Hrsg.), *Verwaltung und ihre Umwelt*, Opladen, 11—43.
- Leher, F.*, 1987: Interest Intermediation, Institutional Structures and Public Policy, in: *H. Keman/H. Paloheimo/P. Whiteley* (Hrsg.), *Coping with the Economic Crisis*, London/Beverly Hills, 54-82.
- Leik, L./M. Mathews*, 1968: A Scale for Developmental Processes, in: *American Sociological Review* 33, 72-75.
- Luhmann, N.*, 1987: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/Main.
- Mißlbeck, J.*, 1983: *Der österreichische Gewerkschaftsbund, Analyse einer korporatistischen Gewerkschaft*, Frankfurt/Main.
- Olson, M.*, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven.
- Pryor, F.*, 1972: An international comparison of concentration ratios, in: *The Review of Economics and Statistics* 54, 130-140.
- Rothstein, B.*, 1985: The Success of the Swedish Labour Market Policy: The Organizational Connection to Policy, in: *European Journal of Political Research* 13, 153—165.
- Scharpf, F. W.*, 1984: Economic and institutional constraints of full employment strategies: Sweden, Austria, and West Germany (1973-1982), in: *J. H. Goldthorpe* (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford, 257—290.
- Scharpf, F. W.*, 1987: *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt/New York.
- Schmidt, M. G.*, 1982a: Does corporatism matter? Economic crisis, politics and rates of unemployment in capitalist democracies in the 1970s, in: *G. Lehmbruch/Ph. C. Schmitter* (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy Making*, London/Beverly Hills, 237—258.
- Schmidt, M.G.*, 1982b: *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen*, Frankfurt/New York.
- Schmidt, M.G.*, 1985: *Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung*, Frankfurt/New York.
- Schmidt, M. G.*, 1987: The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political Determinants of Rates of Unemployment in Industrial Nations, in: *F.G. Castles/F. Lehner/M. G. Schmidt* (Hrsg.), *Managing Mixed Economies*, Berlin/New York, 4—53.
- Schmitter, Ph. C.*, 1977: Modes of Interest Intermediation and Models of Societal Change in Western Europe, in: *Comparative Political Studies* 10, 7—38.
- Schmitter, Ph. C.*, 1981: Interest Intermediation and Regime Governability in Contemporary Western Europe, in: *S. Berger* (Hrsg.), *Organizing Interests in Western Europe. Pluralism, Corporatism and the Transformation of Politics*, Cambridge, 287—330.
- Stephens, J. D.*, 1979: *The Transformation from Capitalism to Socialism*, London.
- Weede, E.*, 1986: Verteilungskoalitionen, Staatstätigkeit und Stagnation, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27, 222-236.
- Wilensky, H.*, 1976: *The New Corporatism, Centralization and the Welfare State*, London/Beverly Hills.
- Zenk, G.*, 1971a: *Konzentrationspolitik in Schweden*, Tübingen.
- Zenk, G.*, 1971b: *Konzentrationspolitik in Dänemark, Norwegen und Finnland*, Tübingen.
- Zimmermann, E.*, 1985: *Industriepolitik und kollektive Arbeitsbeziehungen in den Niederlanden*, Frankfurt/Main.
- Zysman, J.*, 1983: *Governments, Markets and Growth. Financial Systems and the Politics of Industrial Change*, Ithaca.